

en2x-Übersicht zur aktuellen Lage

Der Krieg in der Ukraine und seine Folgen für die Energieversorgung

Verantwortung

Wir, der en2x – Wirtschaftsverband Fuels und Energie, verfolgen gemeinsam mit unseren Mitgliedsunternehmen den Krieg Russlands gegen die Ukraine mit großer Sorge. Unsere Gedanken und unser Mitgefühl gelten den Opfern dieses Krieges, den Verletzten und Vertriebenen, und all jenen, die Angehörige oder Freunde verloren haben. Die weitere Entwicklung der Ereignisse ist nur schwer vorherzusehen, doch wir hoffen auf einen schnellen und dauerhaften Frieden.

Von den Kriegsfolgen ist auch die deutsche Energieversorgung betroffen. Unsere Mitgliedsunternehmen sind sich ihrer Verantwortung bewusst. Sie arbeiten daran, die Versorgung mit flüssigen Kraft- und Brennstoffen sowie weiteren Produkten sicherzustellen und zugleich schrittweise unabhängig von Importen aus Russland zu werden. Wir unterstützen unsere Mitgliedsunternehmen dabei in enger Abstimmung mit Politik, Behörden und anderen Verbänden der Energiewirtschaft.

Preisentwicklung

Die Mineralölgesellschaften haben sofort nach Kriegsbeginn auf eigene Initiative angekündigt, ihre Importe an russischem Rohöl und vor allem auch Diesel zurückzufahren. Durch diese Reduzierung der Bezugsquellen bei gleichzeitig hoher oder sogar gesteigener Nachfrage sind Benzin, Diesel und Heizöl teurer geworden. Dabei haben sich die Preise an den Produktmärkten für Benzin und Diesel und am Rohölmarkt teilweise unterschiedlich entwickelt, denn es handelt sich um getrennte Märkte mit jeweils eigenen Angebots- und Nachfragefaktoren. Ein veränderter Rohölpreis kann als Kostenfaktor Auswirkungen auf die Kraftstoffpreise haben, muss es aber nicht.

Zusätzlich ist zu berücksichtigen, dass die Herstellungskosten in den Raffinerien stark gestiegen sind. So haben sich beispielsweise für Raffinerien die Erdgas- und Stromkosten deutlich erhöht. Gestiegen sind auch die Kosten für die Biokraftstoffe, die den Kraftstoffen beigemischt werden müssen. Diese erhöhten Herstellungskosten sind sehr standortspezifisch und aufgrund der außergewöhnlichen Marktsituation momentan kaum zu ermitteln.

Uns ist klar: Die höheren Tankstellenpreise stellen für Autofahrer und Betriebe eine erhebliche finanzielle Belastung dar. Dies gilt europa- und sogar weltweit. Zahlreiche Nachbarländer haben darauf bereits mit Steuersenkungen reagiert; die Bundesregierung will im Juni mit einer dreimonatigen Senkung der Energiesteuer auf den EU-Mindestsatz folgen.

Diesbezüglich weisen wir bereits jetzt darauf hin, dass die Preise an den Tankstellen erst mit etwas Verzögerung sinken können. Sämtliche Kraftstoffe, die vor dem 1. Juni an die Tankstellen geliefert werden, sind noch mit dem normalen Steuersatz belegt. Diese Kraftstoffe mit dem normalen Energiesteuersatz müssen erst verkauft werden, bevor Benzin und Diesel mit dem jeweils niedrigeren Steuersatz nach und nach die Tankstellen erreichen.

Situation kritische Infrastruktur

Auch der Cyberraum ist verstärkt Schauplatz koordinierter und schwerwiegender Angriffe auf Unternehmen und Regierungseinrichtungen geworden – wir stehen daher mit den zuständigen Behörden im engen Austausch, um die Bedrohungslage für die Mineralölindustrie durch Cyberangriffe fortwährend zu bewerten.

Die Betreiber kritischer Infrastrukturen müssen gegenüber dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) kontinuierlich hohe Sicherheitsanforderungen für Rohrfernleitungen, Raffinerien, Tanklager, Mineralölhandel und Tankstellenetze sowie Meldepflichten bei IT-Sicherheitsvorfällen umsetzen und nachweisen. Die in Deutschland für den Energiesektor geltenden Anforderungen gehen dabei weit über die verpflichtenden Mindestanforderungen der Europäischen Cybersicherheitsrichtlinie hinaus.

Die erhöhte Bedrohungslage für Deutschland im Zusammenhang mit der Ukraine Krise bleibt unverändert bestehen. Diese Situation kann sich nach Einschätzung des BSI jederzeit ändern. Gleichzeitig besteht jedoch keine akute Gefährdung der Informationssicherheit in Deutschland im Zusammenhang mit der Situation in der Ukraine. Die allgemeinen Warnungen und Empfehlungen des BSI gelten weiterhin.

Situation Mineralölversorgung

Der Anteil russischer Importe an den Rohöleinfuhren nach Deutschland lag vor dem russischen Angriff auf die Ukraine bei rund einem Drittel (2021: 34 Prozent). Die Mineralölwirtschaft in Deutschland hat gleich zu Kriegsbeginn von sich aus die schrittweise Reduzierung von Importen an russischem Rohöl und Mineralölprodukten, vorrangig Diesel, eingeleitet. Auch wenn keine neuen Verträge über russische Rohölimporte mehr abgeschlossen werden, müssen laufende Vertragsverpflichtungen, die häufig bis Jahresende gelten, eingehalten werden. Das Ziel, bis Jahresende aus russischen Ölimporten auszusteigen, wird von unserer Branche unterstützt.

Ein solcher Ausstieg ist eine große Herausforderung. Zusammen mit den Mineralölgesellschaften und dem Bundeswirtschaftsministerium prüfen wir intensiv den schnellstmöglichen Ersatz russischen Öls durch andere Importe. Das bedeutet auch erhebliche Anforderungen an die Logistik, sowohl bei den globalen Produktströmen, aber auch in Deutschland. Denn klar ist schon jetzt, dass Versorgung der ostdeutschen Regionen mit Produkten aus den Raffinerien perspektivisch neu ausgerichtet werden muss.

Die weiteren Entscheidungen zur Versorgungslage liegen vorrangig bei der nationalen, europäischen und globalen Politik. Sollten Lieferungen kurzfristig ausfallen, ist das eine Herausforderung, mit der wir uns derzeit intensiv beschäftigen.

Zugleich verschaffen die Reserven der gesetzlich vorgeschriebenen Erdölbevorratung Sicherheit. Der Erdölbevorratungsverband (EBV) hält jederzeit Erdöl und Erdölerzeugnisse in Höhe der in einem Zeitraum von 90 Tagen netto nach Deutschland eingeführten Mengen vor. Das sind rund 15 Millionen Tonnen Rohöl und 9,5 Millionen Tonnen fertige Mineralölerzeugnisse. Mit Ottokraftstoff, Dieselkraftstoff, Heizöl und Flugturbinenkraftstoff werden die wichtigsten Erdölerzeugnisse unmittelbar vorgehalten; andere können durch die Verarbeitung von Rohölreserven hergestellt werden. Diese strategischen Reserven sind über ganz Deutschland verteilt, um auf regionale Versorgungsstörungen schnell reagieren zu können.

Ausblick zur Energieversorgung

Auch wenn wir den weiteren Verlauf des Krieges und dessen Folgen nicht vorhersehen können – klar ist: Die aktuellen Entwicklungen werden großen und nachhaltigen Einfluss auf die Energieversorgung der Zukunft nehmen. Ziel muss sein, unsere Energieversorgung künftig auf eine breitere Basis zu stellen und dabei immer mehr auf treibhausgasneutrale Energie zu setzen.

Wir stimmen mit der Bundesregierung überein, dass eine große Energievielfalt mit einem starken Fokus auf Klimaschutz der richtige Weg für eine ebenso sichere wie nachhaltige Versorgung ist. Unsere Mitgliedsunternehmen arbeiten bereits daran, dass künftig mehr alternative flüssige Energieträger (Bio- und synthetische Kraft- und Brennstoffe) zur Verfügung stehen, dass die Produktion von treibhausgasneutralem Wasserstoff mittels Ökostrom auf- und ausgebaut wird, entsprechende Importe verstärkt werden und ein flächendeckendes Lade- und Tankstellennetz für Batterie- und Brennstoffzellenfahrzeuge aufgebaut wird.

Allerdings wird Deutschland auch bei einem massiven Ausbau der einheimischen Erzeugung von Wind- und Sonnenstrom langfristig nicht energieautark werden. Wir unterstützen daher ausdrücklich den von der Bundesregierung angekündigten beschleunigten Ausbau erneuerbarer Energien im Inland wie auch den schnellen Aufbau von Importinfrastrukturen für Wasserstoff und alternative Kraftstoffe. Hierbei wollen und werden die en2x-Mitgliedsunternehmen eine treibende Rolle spielen.